

## Vereinigtes Königreich

David Allen

Von der Abwärtsspirale der Wirtschafts- und Finanzkrise erholte sich auch die britische Wirtschaft erst spät. Im Jahr 2009 verlor das britische Pfund an Wert gegenüber Euro und Dollar, erholte sich allerdings wieder etwas während der Euro-Krise in der ersten Hälfte des Jahres 2010. Als die Wahlen in Großbritannien 2010 näher rückten, waren sich allen wichtigen politischen Parteien einig, dass deutliche Einschnitte bei den künftigen Staatsausgaben unvermeidlich sein würden – allerdings ohne konkrete Aussagen darüber zu machen, an welcher Stelle sie nach den Wahlen denn konkret sparen würden.

### Keine einheitliche Linie der Europäer in der Weltwirtschaftskrise

Der Politikskandal um die Spesensünder im britischen Parlament veranlasste Premierminister Gordon Brown im Frühjahr 2009 zu dem Versuch, die Aufmerksamkeit wieder auf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise zu lenken, um eine drohende Verfassungskrise in Großbritannien abzuwenden. Im März bezeichnete er die Europäische Union in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament als hervorragend dafür geeignet, die Welt aus der wirtschaftlichen Rezession herauszuführen. Während der Vorbereitungen zum G20-Gipfel in London verkündete Brown, dass Großbritannien über Brüssel seinen globalen Einfluss stärken könnte. Er überraschte seine Zuhörer – ganz entgegen seiner bisherigen Äußerungen über die Europäische Union – mit der Feststellung, dass er „stolz darauf sei, Brite zu sein, und stolz darauf sei, Europäer zu sein“ und dass der Platz Großbritanniens nicht im Windschatten Europas zu suchen ist, sondern es fest in dessen Kern verankert ist.

Dies war wohl dem Versuch geschuldet, die G20-Verhandlungen durch eine gemeinsame europäische Position mit zu gestalten. Letztlich überwog jedoch das Gefühl, dass das G20-Treffen lediglich eine Tarnveranstaltung für einen G2-Gipfel von USA und China waren, bei dem Großbritannien – mit oder ohne seine EU-Partner – kaum eine Rolle gespielt hatte. Brown scheiterte mit seinem Versuch, sowohl seine engsten EU-Partner als auch die USA, China, Indien und Russland von seinen Absichten zu überzeugen.<sup>1</sup> Ein weiteres Beispiel für Browns Anliegen sich Gehör zu verschaffen und seine Hinwendung zur EU zu bekräftigen, zeigte sich in seinem Vorschlag zur Reform der Europäischen Investitionsbank (EIB) vom Mai 2009. Dieser sah u.a. eine zweijährliche Kreditausweitung in Höhe von 50 Mio. Euro vor und gestand der EIB eine höhere Risikobereitschaft und schnellere Verfahren zu. Dies war ein seltenes Beispiel für eine Initiative zur Aufwertung europäischer Institutionen durch einen führenden britischen Politiker, selbst wenn dieser freilich dadurch von den Problemen im eigenen Land ablenken wollte.<sup>2</sup>

Das Scheitern der Versuche Browns, die Europäische Union zu stärken, um einheitlicher in der Weltwirtschaftskrise zu agieren, führte stattdessen die grundsätzlichen Wider-

---

Übersetzt aus dem Englischen.

1 Stephens, A.: Brown learns a familiar European lesson, *Financial Times*, 24.03.2009, S. 13.

2 Englesham, J.: Brown tries to shift focus to Europe, *Financial Times*, 27.05.2009, S. 2.

stände der EU-Staaten vor, nationale Befugnisse zu übertragen. Noch vor nicht allzu langer Zeit hätte Gordon Brown mit Vergnügen seinen europäischen Amtskollegen die Unbedeutendheit der Europäischen Union im internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem genauso wie die Gefahren des Euro vor Augen geführt, doch diesmal gab es kein Grund zum Triumphieren. Die EU war zwar zu Beginn der Bankenkrise in der Lage zu handeln, je länger die Krise allerdings anhielt, umso augenscheinlicher wurde, dass allein die USA in der Lage waren, mit China zu verhandeln. Der neue US-Präsident Barack Obama reagierte ungeduldig auf das Unvermögen der Europäer, seine Initiativen aufzugreifen und er brachte kein Interesse an einer Partnerschaft allein mit Großbritannien auf.<sup>3</sup>

### Europawahlen und europäische Parteien

Die Europawahlen vom Juni 2009 waren in Großbritannien ein unpräzentes Ereignis. Die großen Parteien investierten nicht in die Wahlkampagnen und zogen es vor, ihre Energien für die nächsten nationalen Wahlen im Jahr 2010 aufzusparen. Als klarer Sieger der Europawahlen gingen im Königreich die euroskeptische United Kingdom Independence Party (UKIP) hervor, die mit 16,5% der Stimmen einen größeren Stimmanteil aufwies als die regierende Labour-Partei, wie diese gewann sie 13 Abgeordnetensitze. Die Konservativen konnten ihre Position festigen und gewannen mit einem Stimmanteil von 27,7% insgesamt 25 Abgeordnetensitze. Die proeuropäischen Liberaldemokraten machten nur den vierten Platz und erzielten mit einem Stimmanteil von 13,7% immerhin elf Abgeordnetensitze. Bei den kleineren Parteien war der Schock groß, als die rechtsgerichtete British National Party (BNP) 6,2% der Stimmen erhielt und zwei Abgeordnete nach Brüssel schickte. Die Scottish Nationalist Party (SNP) erzielte wie auch die Grünen zwei Abgeordnetensitze, die Welsh Nationalists (Plaid Cymru) einen Abgeordnetensitz. Die Ergebnisse waren eine weitere Niederlage für die Labour-Regierung, die auch bei den gleichzeitig abgehaltenen Lokalwahlen Verluste einfahren musste. Allerdings sprach die geringe Wahlbeteiligung von 34,7% (der EU-Durchschnitt lag bei 42,34%)<sup>4</sup> auch dafür, dass der Anteil an Protestwählern relativ hoch war und diese in der Regel kleinere und regierungsferne Parteien unterstützen. Bei den nationalen Wahlen dürfte die Unterstützung für die BNP, UKIP und die Grünen im Vergleich zu den Europawahlen wieder zurückgehen, dennoch weckte das gute Abschneiden der UKIP bei den Konservativen große Sorgen. Diese fürchteten um ihre Stimmen aus dem rechten Lager, da bereits ein kleiner Zuwachs für die UKIP bei den nationalen Wahlen Stimmverluste für die eigene Partei mit sich bringen würde. Bereits der Verlust weniger Wahlkreise würde dann ausreichen, die Siegeschancen der Konservativen erheblich zu schmälern.<sup>5</sup>

Nachdem der BNP-Vorsitzende, Nick Griffin, ins Europaparlament gewählt worden war, tat er im BBC-Programm „The Record Europe“ seine provokative Meinung zur europaweiten Einwanderungsdebatte kund. Er sprach sich dafür aus, dass die Boote, die mit illegalen Flüchtlingen auf dem Weg nach Europa unterwegs sind, versenkt werden sollten, um der illegalen Einwanderung von Afrika nach Europa auf radikale Weise ein Ende zu bereiten. Mehrere Tausend Menschen aus Subsahara-Afrika hatten in den Sommermonaten versucht, an den Küsten der Insel Lampedusa, die nur etwa 100 Meilen

---

3 Kettle, M.: Obama cares about Europe. Britain he can take or leave, *The Guardian*, 30.1.2009, S. 41.

4 2004 betrug die Wahlbeteiligung in Großbritannien noch 38,85%. Vgl. UK Office of the European Parliament: Results of European elections in the UK 2009, <http://www.europarl.org.uk/section/european-elections/results-2009-european-elections-uk>.

5 Hinsliff, G./McDonald, H.: UKIP threat to a Cameron majority, *The Observer*, 25.10.2009, S. 28.

von Tunesien entfernt ist, in Italien zu landen. 2009 soll die Zahl der Flüchtlinge im Vergleich zum Vorjahr um 75% gestiegen sein – Zahlen, die bei den britischen Wählern für Verunsicherung sorgten, und die die BNP zu ihren Gunsten nutzen wollte. Den beiden Europaabgeordneten der BNP gelang es jedoch nicht, Verbündete im neuen Europaparlament zu finden. Ihre Gespräche mit der französischen Front National und der italienischen Lega Nord scheiterten, als sich die Lega Nord für eine Allianz mit der UKIP entschied. Die BNP ist zwar Mitglied des inoffiziellen Parteienverbands der europäischen nationalistischen Parteien Euronat, im Europaparlament blieb sie dennoch isoliert.

Ähnlich kontrovers, allerdings politisch weit bedeutsamer war der Auszug der britischen Konservativen aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament, den David Cameron bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden versprochen hatte. Cameron stand bei dem europaskeptischen Flügel seiner Partei im Wort. Dieser hatte ihn 2005 bei der Wahl zum Parteivorsitzenden nur unter der Bedingung unterstützt, dass er die Tories aus der integrationsfreudigen EVP herauslöst und eine neue Gruppe gleichgesinnter Europakritiker bildet. Die neue antiföderalistische Fraktion Europäische Konservative und Reformier ist heute die viertgrößte Gruppe im Europäischen Parlament und beheimatet 55 Europaparlamentarier aus acht Ländern. 26 britische Abgeordnete (Konservative), 15 polnische Abgeordnete (Partei Recht und Gerechtigkeit), neun tschechische Abgeordnete (der konservativen ODS) und fünf weitere Abgeordnete, je einen aus Belgien, Finnland, Litauen, Ungarn und den Niederlanden. Der Weggang der Konservativen aus der Europäischen Volkspartei und die Neugründung der Fraktion Europäische Konservative und Reformier provozierten empörte Reaktionen der deutschen Bundeskanzlerin Merkel und des französischen Präsidenten Sarkozy. Beide fürchteten einen Machtverlust der EVP, sowohl im Europäischen Parlament als auch bei den Vorbereitungen der Gipfeltreffen des Europäischen Rats.

Auch außerhalb der Europäischen Union wurde der Entschluss der britischen Konservativen, die EVP zu verlassen, nicht mit Wohlwollen aufgenommen. Den Vereinigten Staaten von Amerika musste William Hague, damals Schattenaußenminister, versichern, dass die neuen Verbündeten der Konservativen im Europaparlament Opfer einer Schmierenkampagne der proeuropäischen britischen Presse, insbesondere von The Guardian, geworden sind. Dies hielt jüdische Interessengruppen in den USA allerdings nicht davon ab, ihren Unmut über Michael Kaminski von der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit zu artikulieren, dem sie antisemitisches Verhalten vorwarfen. Als William Hague US-Außenministerin Hilary Clinton einen Besuch abstattete, brachte auch sie ihre Bedenken hervor und wiederholte das US-Mantra, das viele britische Politiker nicht hören wollen: Den Vereinigten Staaten ist an einer vollständigen Integration Großbritanniens in die EU gelegen, da damit im Ermessen der USA auch die Einflussmöglichkeiten Großbritanniens steigen. Die US-Kritik an der Entscheidung der Tories die EVP zu verlassen, hatte bereits Tradition und ist nicht nur der heutigen Obama-Administration eigen. Bereits 2006 hatte der damalige republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain sein Unbehagen über einen Rückzug der Tories aus der EVP in einem Interview mit der Financial Times bekundet.

### **Vertrag von Lissabon**

Der Vertrag von Lissabon konnte schließlich am 1. Dezember in Kraft treten, nachdem die Iren in einem zweiten Referendum für den Vertrag gestimmt hatten und der tschechische Präsident Vaclav Klaus seine Unterschrift nicht länger verweigerte. Bereits im Vorfeld begann sowohl die Lobbyarbeit für den neu geschaffenen Posten des Präsidenten des Euro-

päischen Rates als auch für die neue EU-Kommission, die Anfang 2010 ihre Arbeit aufnehmen sollte. David Cameron hatte seine antieuropäische Haltung erneut mit seiner Intervention in letzter Minute in Sachen Vertrag von Lissabon bewiesen, als er in einem handschriftlichen Brief den tschechischen Präsidenten bedrängte, seiner Haltung treu zu bleiben und den Vertrag nicht zu ratifizieren. Dieser letzte Versuch, den Vertrag von Lissabon noch zu boykottieren, hatte entschiedene Worte der Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands und Spaniens auf dem Oktobergipfel des Europäischen Rats hervorgerufen. Gordon Brown, darauf bedacht, die Feindseligkeiten seiner europäischen Amtskollegen gegen Cameron zu nutzen, wählte das Gipfeltreffen, um seiner eigenen Kritik an der Europapolitik von Cameron Gehör zu verschaffen.

Cameron reagierte darauf mit einer Mischung aus Pragmatismus und Mut, als er ankündigte, dass er – sollte er die Wahlen gewinnen – kein Referendum zum Vertrag von Lissabon abhalten lassen würde, jetzt wo dieser ratifiziert und bis zu seinem Amtsantritt bereits in Kraft getreten sein würde. Obwohl die ersten Reaktionen innerhalb der Konservativen Partei zurückhaltend waren, bestand im Rest Europas die Befürchtung, dass diese Stimmung wieder umschlagen könnte und dass sich die Konservativen nach einer Wahl an die Regierung wieder von der EU abwenden könnten. Anzeichen dafür sind sowohl der verhältnismäßig große Einfluss des rechten Flügels in der Partei und die fortbestehenden Vorbehalte in der Öffentlichkeit zur britischen EU-Mitgliedschaft. Im September ergab eine „You Gov“-Umfrage,<sup>6</sup> dass – hätten sie die Wahl – nur 23% der Befragten sich für den Vertrag von Lissabon und gegen einen EU-Austritt entscheiden würden, während 31% der Befragten sich zu dieser Frage keine abschließende Meinung gebildet hatten und 43% sich für den Austritt aus der Europäischen Union entscheiden würden. Der Wahlerfolg der Konservativen Partei hängt demnach auch von der Unterstützung der Wähler für UKIP und BNP ab und könnte den Konservativen letztlich den Sieg kosten.

Trotz ihrer Entscheidung, kein Referendum zum Vertrag von Lissabon zu initiieren, lehnten die Tories weiterhin die Stärkung der EU-Finanzregularien und das EU-Auslieferungssystem entschieden ab und lösten damit Alarmbereitschaft bei den britischen Polizeichefs und den Strafverfolgungsbehörden aus. Auch wenn der europäische Haftbefehl letztlich akzeptiert wurde, ist gewiss, dass die Tories alles in ihrer Macht stehende unternehmen werden, weitere Kooperationsformen und Kompetenztransfers im Polizeibereich zu verhindern. Außerdem kündigte Cameron an, dass er die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon abzufedern versuchen würde, indem er die Rückführung einiger Befugnisse verhandeln und an den Vorschlägen zu einem „Sovereignty Act“ festhalten würde, der weitere Kompetenztransfers Richtung Brüssel verhindern soll. Um dies zu gewährleisten, kündete er ebenfalls an, dass unter seiner Regierung jeder künftige EU-Vertrag einem Referendum unterzogen werden würde. Ein einfaches Versprechen in Anbetracht der Tatsache, dass weitere EU-Verträge zunächst einmal unwahrscheinlich sein werden. Schon heute ermöglicht der Vertrag von Lissabon Großbritannien zu entscheiden, ob und in welchem Maß es an EU-Aktivitäten in den Bereichen Justiz, Polizei und Migrationskontrolle teilnehmen möchte, wie dies auch durch die Ausnahmeregelung zur EU-Grundrechtecharta der Fall ist. Cameron kündigte an, die EU-Grundrechtecharta dennoch grundsätzlich nicht mittragen zu wollen. Dabei erhielt er wohl ungewollt Unterstützung vom französischen Europaminister Pierre Lellouche, der diese Haltung zunächst bissig

---

6 Hastings, M.: Europe is still a looming crisis for Cameron, Financial Times, 17.11.2009, S. 15.

kommentierte und als „erbärmlich“, „autistisch“ und sogar als „kastriert“ bezeichnete,<sup>7</sup> bevor er den britischen Botschafter in Frankreich anrief, um ihm zu erklären, dass seine Kommentare falsch übersetzt worden seien und dass er wirklich nur sagen wollte, dass er die Politik von Cameron „traurig“ finde. Zur gleichen Zeit nahm der französische Präsident hingegen mit viel Wohlwollen zur Kenntnis, dass Cameron nach seiner möglichen Wahl nicht an dem Vorhaben eines Referendums zum Vertrag von Lissabon festhalten würde.

Die Spekulationen und Beratungen rund um die neuen Spitzenposten im Rat der EU und in der EU-Kommission hielten den Herbst über an. Die meiste Aufmerksamkeit galt der Kandidatur des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair für den Posten als ständiger Präsident des Europäischen Rates. Großbritannien unterstützte die Wiederwahl von Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso für eine zweite Amtszeit. Der Schachzug der britischen Regierung, Blair ins Rennen zu bringen, fand bei den Konservativen keinen Anklang. William Hague begründete dies damit, dass die EU keine „so Rampenlicht hungrige Persönlichkeit“ wie Blair nominieren sollte, die den Staats- und Regierungschefs nur die Fäden aus der Hand nehmen würde. Hague stellte klar, dass die Konservativen einen „Vorsitzenden und keinen Boss“ vorziehen würden (wie es mit Van Rompuy dann auch der Fall war). Die Konservativen hielten auch nicht allzu viel von dem britischen Vorhaben, entweder die Präsidentschaft des Europäischen Rates oder den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik anzustreben, sondern forderten stattdessen, dass Großbritannien sich für eines der wichtigen Ressorts der neuen EU-Kommission, z.B. Wirtschaft, stark machen sollte. Bevor jedoch über den britischen EU-Kommissar verhandelt wurde, sollte der Posten des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik besetzt werden – zumal eine ganze Reihe von Briten vorgeschlagen worden waren, einschließlich von David Miliband, Chris Patten und, im allerletzten Moment, Catherine Ashton. Diese hatte das Handelsressort von EU-Kommissar Peter Mandelson übernommen, nachdem Gordon Brown diesen zurück nach London und wieder in sein Kabinett berufen hatte.

Die ausgiebige Kampagne von Blair im Rennen um die Präsidentschaft des Europäischen Rates erstreckte sich beinahe über die gesamte zweite Jahreshälfte 2009 und ließ anderen Kandidaten streckenweise kaum eine Chance, sich ebenfalls zu präsentieren. Allerdings positionierten sich nicht nur die Konservativen gleich von Beginn an gegen eine Nominierung von Tony Blair. Seine Kandidatur, anfangs noch mit Unterstützung des französischen Präsidenten Sarkozys, brachte viele der kleineren EU-Staaten in Alarmbereitschaft. Diese meinten bereits frühzeitig, in dem mit dem Vertrag von Lissabon geschaffenen Posten des ständigen Präsidenten des Europäischen Rates ein französisch-britisches Vorhaben erkannt zu haben, das dazu dienen sollte, den Einfluss der großen Staaten (allen voran Frankreich und Großbritannien) in der Europäischen Union zu stärken.

Sogar Nick Clegg, Vorsitzender der Liberaldemokraten und zweifelsohne mit tadelloser Haltung gegenüber der EU, äußerte sich gegen Blairs Kandidatur. Seiner Ansicht nach würden die Fähigkeiten Blairs – die er als „government by directive, or in his case, by sofa“ bezeichnete – in der EU nicht zur Geltung kommen.<sup>8</sup> Damit blieb nur noch Gordon Brown, der den Vorstoß von Blair unterstützte. Er beauftragte zwei hochrangige Beamte (John Cunliffe, seinen Chefberater in EU-Angelegenheiten, und Kim Darroch, den britischen EU-Botschafter) diskret Lobbyarbeit für Blair zu machen. Außenminister David

---

<sup>7</sup> „France: autistic Tories castrated UK“, *The Guardian*, 5.11.2009, S. 1.

<sup>8</sup> Wintour, P./Watt, N.: Superstar Blair is wrong man for EU president, says Clegg, *The Guardian*, 28.10.2009, S. 14.



Miliband, der selbst kurzzeitig als Hoher Vertreter im Gespräch war, setzte sich ebenfalls für Blair ein. In Abgrenzung von Clegg and Hague brauche die EU seiner Ansicht nach eben doch einen starke, Ton angebende Persönlichkeit wie Blair, die in der Lage sei „den Verkehr in den Weltmetropolen zum Erliegen zu bringen“.

Ein britischer Zeitungskolumnist ging sogar soweit, Gordon Brown als Präsidenten des Europäischen Rates vorzuschlagen. Seiner Meinung nach wäre dies im Interesse der Labour-Partei, der britischen Regierung und der EU, da Brown mit seiner Expertise der globalen Finanzmärkte vermutlich der EU mehr von Nutzen wäre als seiner eigenen Partei: Die Labour-Partei würde ihren unpopulären Parteivorsitzenden nach Brüssel loswerden und könnte so mit einem beliebteren Kandidaten an der Spitze ihre Chancen auf einen Wahlsieg bei den nächsten Wahlen erheblich verbessern.<sup>9</sup>

Letzten Endes entschied bei der Vergabe der beiden Spitzenpositionen ein komplexes Zusammenspiel unterschiedlichster Beweggründe, bei dem mitgliedstaatliche Rivalitäten und die Notwendigkeit politischer Ausgewogenheit maßgeblich waren.<sup>10</sup> Blair hielt sich lange auf der Liste der Spitzenanwärter für den Posten des Präsidenten des Europäischen Rates. Als er verhältnismäßig spät von dieser Liste gestrichen wurde, forderten die Briten als Ausgleich den Posten des Hohen Vertreters. Zur allgemeinen Überraschung, sowohl im Vereinigten Königreich wie auch im Rest der EU, wurde Catherine Ashton zur Hohen Vertreterin nominiert. Zuvor hatte David Miliband kein Interesse mehr bekundet (vermutlich aufgrund seiner Ambitionen auf den Parteivorsitz der Labour-Partei, der nach einer möglichen Wahlniederlage bei den nationalen Wahlen vakant werden würde) und Brown hatte sichergestellt, dass auch Peter Mandelson nicht gewählt werden würde, der ansonsten wohl gerne zur Verfügung gestanden hätte. Kurzzeitig war auch der frühere EU-Kommissar für Außenbeziehungen Chris Patten ein aussichtsreicher Kandidat. Als jedoch feststand, dass Van Rompuy (männlich, konservativ, aus einem kleinen EU-Land) Präsident des Europäischen Rates werden sollte, war es der unausweichlichen EU-Logik geschuldet, dass die Hohe Vertreterin die gegenteiligen Eigenschaften aufweisen sollte (weiblich, eher linksgerichtet und aus einem großen EU-Land).

Insbesondere Deutschland und Frankreich waren daran interessiert, die Einflussmöglichkeiten von Ashton frühzeitig zu begrenzen, indem sie sich gegen zuviele Briten in ihrem Stab und den höheren Führungsebenen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zur Wehr setzten. Deutschland äußerte Bedenken anlässlich der Benennung von vier Briten in ihrem zwölf Mitglieder umfassenden persönlichen Stab sowie über eine mögliche Einbindung von Robert Cooper. Es drängte sich der Eindruck auf, dass Ashton unerfahren sei und daher besonders anfällig, um vom britischen diplomatischen Dienst vereinnahmt zu werden.

Die Nominierungen der beiden EU-Spitzenposten wurden im In- und Ausland mit, wenn überhaupt, nur verhaltener Begeisterung aufgenommen.<sup>11</sup> Sie galten auch als Zeichen für eine zunehmende Einflussnahme der großen Staaten in der EU, stets ängstlich darauf bedacht, ihre staatliche Autonomie zu schützen.<sup>12</sup> Die Streitigkeiten über die Benennung

---

9 Jenkins, S.: Better for Britain. Better for Europe. I'm backing Brown for EU president, *The Guardian*, 12.11.2009, S. 35.

10 Barber, T.: The Appointments of Herman van Rompuy and Catherine Ashton, in: *The JCMS Annual Review of the European Union in 2009*, *Journal of Common Market Studies*, Annual Review, Vol. 48, 2010, S. 55-67; Allen, D./Smith, M.: Relations with the Rest of the World, in: *The JCMS Annual Review of the European Union in 2009*, *Journal of Common Market Studies*, Annual Review, Vol. 48, 2010, S. 205-224.

11 Peel, Q.: US underwhelmed by Brussels appointments, *Financial Times*, 23.11.2009, S. 6.

12 Parker, G.: Supremacy of the nation state wins out, *Financial Times*, 20.11.2009, S. 6.

von Ashton nahmen sogar solche Dimensionen an, dass sich Brown und Sarkozy trafen, um die Wogen wieder zu glätten. Sarkozy hielt sich jedoch nicht zurück, ein Treffen auch mit denjenigen Staaten (offenkundig ohne Großbritannien) einzuberufen, die auf den Erhalt der Gemeinsamen Agrarpolitik bedacht waren, und prahlte schließlich mit seinem Erfolg, dass die Spitzenpositionen der EU-Kommission schließlich so besetzt worden sind, dass das angelsächsische Wirtschaftsmodell in der EU keine Chance haben wird.

### **Die nationalen Wahlen in Großbritannien**

Mit Beginn des Jahres 2010 liefen in Großbritannien die Vorbereitungen der kommenden nationalen Wahlen an. Insbesondere David Cameron sah sich vor einer heiklen Gratwanderung: Er musste den antieuropäischen rechten Flügel seiner eigenen Partei im Zaum halten und gleichzeitig die britische Öffentlichkeit wie auch seine EU-Nachbarn davon überzeugen, dass er aus Großbritannien keinen renitenten oder unkooperativen Partner machen würde. Um seine rechtsstehenden Verbündeten in Europa zu beschwichtigen, sandte er Nick Herbert, seinen Schattenumweltminister, nach Polen, um dort die Partei Recht und Gerechtigkeit von der Mäßigung ihrer Ansichten über Homosexualität zu überzeugen, da er in dieser Frage nicht von Liberaldemokraten und Labour vorgeführt werden wollte. Vermutlich auch auf Anweisung Camerons haben William Hague und Schattenfinanzminister George Osborne ihre Haltung zur EU gemäßigt.

Die Tories sahen sich mit der Schwierigkeit konfrontiert, sich besser gar nicht erst über die Europäische Union zu äußern. Sie wollten sich weder der Kritik anderer Parteien aussetzen, noch sich den eigenen parteiinternen und kontrovers diskutierten Streitlinien rund um EU-Themen stellen müssen. Grundsätzlich fürchteten die Tories, insbesondere wegen der Entscheidung Camerons den Vertrag von Lissabon zu akzeptieren und kein Referendum abzuhalten, Stimmen an die UKIP zu verlieren. Die Konservativen besannen sich wieder auf ihre pragmatisch ausgerichtete EU-Politik, stets darauf bedacht, keine Grundsatzpolitik zu verfolgen, sondern von Fall zu Fall zu entscheiden und etliche Ausnahmeregelungen zum Vertrag von Lissabon mit ihren EU-Partnern zu verhandeln. Gleichzeitig kritisierten sie die UKIP für die traurige Bilanz ihrer Europaabgeordneten. Sogar der besonders antieuropäisch eingestellte Schattenverteidigungsminister Liam Fox sprach von einer anglo-französischen „Kooperation“ und William Hague verkündete die „strategische Entscheidung“ der Konservativen, keinen Streit mit der Europäischen Union führen zu wollen. Er sprach auch dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) seine Unterstützung zu und bekräftigte, dass er, sollte er Außenminister werden, sicherstellen würde, dass Großbritannien seine besten Diplomaten dem EAD zur Verfügung stellen würde (allerdings sagte er nicht für wie lange und mit welcher Mission!). Hague ließ auch verlautbaren, dass sich Großbritannien unter einer konservativen Regierung aus der Europäischen Verteidigungsagentur zurückziehen würde und er jeden Versuch zu verhindern wüsste, einen Europäischen Währungsfonds zu etablieren oder dem Vereinigten Königreich den Euro aufzuzwängen zu wollen.

Als die Wahlen näher rückten, setzte sich in Großbritannien die Erkenntnis durch, dass Gordon Brown in der EU nicht als Retter aus der Not wahrgenommen wurde – 8 von 10 der Befragten in Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien waren der Meinung, dass der Einfluss Gordon Browns unbedeutend oder sogar negativ war. Dies war vermutlich der Tatsache geschuldet, dass die Bedeutung des Vereinigten Königreichs in der aufkommenden Euro-Krise zu vernachlässigen war. Die mangelnde Begeisterung, die Brown in der

EU entgegen gebracht wurde, und sein fehlender Draht zur Obama-Administration erschwerten es Brown, sich im Wahlkampf als erfahrenen und einflussreichen Staatsmann zu inszenieren. Nick Clegg machte die eindeutig bessere Figur in der ersten TV-Debatte zur Außenpolitik und die Labour-Regierung wurde ausgerechnet zu dieser Zeit von der EU-Kommission aufgrund des hohen Haushaltsdefizits verwarnt.<sup>13</sup>

Die nationalen Wahlen 2010 sorgten schließlich für die Abwahl der Labour-Partei nach 13 Jahren. Die Unterhauswahl bescherte allen großen Parteien Niederlagen. Labour verlor 91 Sitze und die Tories verpassten die Regierungsmehrheit. Wie von den Wahlforschern befürchtet, hatten die Briten damit die perfekte Version eines „hung parliament“ gewählt, eines Patt-Parlaments. Kein Parteichef war in der Lage, im Unterhaus die notwendigen 326 Stimmen zu mobilisieren. Nach einer Woche der Unsicherheit ging der neue konservative Premier David Cameron schließlich eine Koalition mit den Liberalen unter Nick Clegg ein – ein historisches Ergebnis im etablierten Zwei-Parteien-System des Vereinigten Königreichs.

In den Koalitionsverhandlungen mussten die Konservativen unter David Cameron und die Liberaldemokraten unter Nick Clegg eine ganze Reihe unterschiedlicher Ansichten, insbesondere auch in der Europapolitik, miteinander in Einklang bringen. Die Koalitionsvereinbarung<sup>14</sup> sah schließlich nicht nur David Cameron als Premier und Nick Clegg als seinen Stellvertreter vor, sie enthielt auch Zielvereinbarungen in der Parteienzusammenarbeit, die umfangreicher waren, als sie für eine Sitzungsperiode von fünf Jahren notwendig gewesen wären. Die Vereinbarung schrieb eine grundsätzlich positive Haltung Großbritanniens zur Europäischen Union vor und hielt unter anderem fest, dass in den nächsten fünf Jahren keine weiteren Souveränitätstransfers stattfinden sollen. Das Vereinigte Königreich soll auch in dieser Sitzungsperiode des Parlaments nicht dem Euro beitreten und wird seine Haushaltsinteressen in der Europäischen Union konsequenter als bisher vertreten. Außerdem soll das Vorhaben des „Sovereignty Act“ zumindest geprüft werden, ein Anliegen insbesondere der Europaskeptiker unter den Konservativen.

Cameron wählte Nick Clegg aus, um auch die EU-Partner von der britischen Koalitionsvereinbarung zu überzeugen. Clegg, der mehrere europäische Sprachen spricht, darunter Französisch, Deutsch und Spanisch, kam diesem Anliegen eifrig nach. Cameron ernannte außerdem den EU-moderaten David Lidington zum Europaminister statt, wie ursprünglich vorgesehen, den europaskeptischen Mark François, der für den Rückzug aus der EVP verantwortlich war. Cameron passte seine leicht aggressive EU-Haltung den moderateren Tönen des neuen Koalitionspartners an.<sup>15</sup>

### Weiterführende Literatur

- Allen, David/Smith, Michael: Relations with the Rest of the World, in: The JCMS Annual Review of the European Union in 2009, Journal of Common Market Studies, Annual Review, Vol. 48, 2010, S. 205-224.
- Barber, Tony: The Appointments of Herman van Rumpuy and Catherine Ashton, in: The JCMS Annual Review of the European Union in 2009, Journal of Common Market Studies, Annual Review, Vol. 48, 2010, S. 55-67.
- Connolly, Richard: The EU Economy: Member States Outside the Euro Area in 2009, in: The JCMS Annual Review of the European Union in 2009, Journal of Common Market Studies, Annual Review, Vol. 48, 2010, S. 243-266.

---

13 Elliot, L./Wintour, P./Glover, J.: Blow for Brown as Europe warns UK to bring down debt, The Guardian, 16.03.2010, S. 1.

14 „The Coalition Agreement“, The Guardian, 15.05.2010.

15 Helm, T.: Secret hardline memo on Europe threatens Tory-Lib Dem coalition, The Observer, 8.05.2010, S. 1.